

AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3 1160 Wien

T: +43 1 78008 F: +43 1 78008-44 office@amnesty.at www.amnesty.at

SPENDENKONTO 316326 BLZ 20111 Erste Bank

IBAN: AT142011100000316326 BIC: GIBAATWWXXX

DVR: 460028 ZVR: 407408993

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



STELLUNGNAHME

**zum Entwurf des österreichischen Staatenberichts im Rahmen des
dritten Universellen Überprüfungsmechanismus
(Universal Periodic Review, UPR)
durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen**

09.Juli 2020

Amnesty International nimmt zum vorliegenden Entwurf nur partiell und im Rahmen ihres Mandats Stellung und verweist darüber hinaus auf ihren, als Annex beigefügten, eigenen UPR-Schattenbericht vom Juli 2020 und die darin enthaltenden Empfehlungen an die österreichische Bundesregierung.

GRUNDSÄTZLICHES

Amnesty International begrüßt die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum österreichischen Staatenberichtsentswurf für die dritte universelle Menschenrechtsprüfung, die für Jänner-Februar 2021 anberaumt ist, abgeben zu können.

In diesem Zusammenhang ist die Veröffentlichung des Staatenberichtsentswurfs auf der Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten positiv anzumerken. Amnesty International regt an, dass – wie auch im Rahmen des Konsultationsprozesses für die zweite UPR – die eingelangten Stellungnahmen der Zivilgesellschaft öffentlich zugänglich gemacht werden.

Amnesty International merkt an, dass der Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft erst sehr spät begonnen wurde und eine umfassende Einbindung der Zivilgesellschaft im Konsultationsprozess nicht stattgefunden hat. Dadurch wird es der Zivilgesellschaft grundsätzlich erschwert, substantielle Änderungen bei der Berichterstellung zu bewirken.

Amnesty International begrüßt die Bemühungen um eine umfassende Darstellung menschenrechtlicher Aktivitäten und Herausforderungen, insbesondere durch die Aufnahme des Kapitels „Aktuelle Herausforderungen und Fortschritte“ und des Unterkapitels „COVID-19 und Menschenrechte“. Jedoch werden diese Bemühungen durch teils vage und cursorische Pauschalformulierungen in anderen Kapiteln konterkariert, welche bestehende Defizite völlig ausklammern. Dies betrifft einerseits Defizite im institutionellen und strukturellen Rahmen zum Schutz und der Förderung von Menschenrechten sowie andererseits die Bereiche Menschenrechte und staatliche Organe sowie „AsylwerberInnen, Flüchtlinge“.

Gleichzeitig werden gravierende Lücken im Menschenrechtsschutz, wie in Bezug auf den Maßnahmenvollzug, die Verwirklichung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten oder Menschenrechte im Internet, im zugrundeliegenden Staatenberichtsentswurf gänzlich unberücksichtigt.

Amnesty International regt daher an, diese Themen in den Abschnitt „Aktuelle Herausforderungen und Fortschritte“ aufzunehmen.

STELLUNGNAHME

UMSETZUNG DER EMPFEHLUNGEN UND ENTWICKLUNGEN SEIT DER LETZTEN ÜBERPRÜFUNG

1.1. Internationale Verpflichtungen, Ratifikationen, Vorbehalte

Amnesty International begrüßt die Ratifizierung des Protokolls von 2014 zum Übereinkommen über Zwangsarbeit 1930 und die Annahme entsprechender Empfehlungen hinsichtlich ergänzender Maßnahmen zur effektiven Beseitigung von Zwangsarbeit sowie die Rücknahme der Vorbehalte zur CEDAW, KRK und zu Artikel 5 CAT.

Hinsichtlich der Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Errichtung eines Individualbeschwerdeverfahrens hält Amnesty International fest, dass diese Ratifikation nicht von der Spruchpraxis des KRK-Ausschusses abhängen sollte. Bei der KRK handelt es sich um eine fast universell ratifizierte internationale Menschenrechtskonvention, deren Fakultativprotokoll die Wirkung und Umsetzung der in der Konvention verankerten Rechte und den Zugang zum Rechtsschutz bei Verletzungen dieser Rechte verbessern soll. Die Wichtigkeit dieses Individualbeschwerdeverfahrens wurde bereits von Navi Pillay, ehemalige VN-Hochkommissarin für Menschenrechte betont, „[...] *that with the OPIC children will now be able to join the ranks of other rights-holders who are empowered to bring their complaints about human rights violations before an international body.*“ Daher ist eine umgehende Ratifizierung unbedingt geboten.

2.1. Institutioneller und struktureller Rahmen

Hinsichtlich der Volksanwaltschaft, als Österreichs nationale Menschenrechtsinstitution, merkt Amnesty International an, dass diese trotz entsprechender angenommener Empfehlungen, noch immer nicht mit den Pariser Grundsätzen der Vereinten Nationen betreffend die Stellung und Tätigkeit nationaler Einrichtungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte vollständig übereinstimmt. In diesem Zusammenhang möchte Amnesty International anmerken, dass eine Unabhängigkeit im Sinne dieser Grundsätze nicht nur eine funktionelle und institutionelle, sondern auch eine personelle Unabhängigkeit umfasst sowie die Anerkennung dieser Unabhängigkeit durch die Zivilgesellschaft („*perceived independence*“). Der derzeitige Bestellmodus auf Grundlage eines Parteienproporzsystems, ohne klare Auswahlkriterien, ohne Einbindung der Zivilgesellschaft oder öffentliche Anhörung, erweckt den Eindruck der Intransparenz und Bestellung nach rein politischen Motiven. Der Bestellmodus ist daher auch wiederholt von namhaften Menschenrechtsexpert*innen kritisiert worden.¹ Daher sollte der Bestellmodus dringend reformiert werden und ein transparenter Modus etabliert werden, der die Zivilgesellschaft effektiv einbindet. Weiters kritisiert Amnesty International die Tatsache, dass die notwendige *Gender Balance* im Bestellungsprozess der Volksanwälte 2019 vollkommen missachtet wurde und drei männliche Volksanwälte bestellt wurden.

Hinsichtlich der Erstellung eines Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte unterstreicht Amnesty International, dass dieser Prozess vor allem am fehlenden politischen Willen und der mangelhaften Einbindung und Berücksichtigung der Empfehlungen der Zivilgesellschaft

¹ Siehe Committee on the Elimination of Discrimination against Women, *Concluding observations on the ninth periodic report of Austria*, CEDAW/C/AUT/CO/9, 30.07.2019, para 16-17; Committee against Torture, *Concluding observations on the sixth periodic report of Austria*, CAT/C/AUT/CO/6, 27.01.2016, para 12-13

gescheitert ist.² Das im Regierungsprogramm 2020 – 2024 enthaltene Vorhaben zur Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans für Menschenrechte sollte diese Kritik der Zivilgesellschaft jedenfalls aufgreifen.

In Bezug auf eine Verbesserung der Gesetzgebungsmechanismen möchte Amnesty International festhalten, dass es während der letzten Legislaturperiode an einer Dialogbereitschaft seitens der Entscheidungsträger*innen zu der in den Stellungnahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen geäußerten Kritik zu Gesetzesvorschlägen mangelte. Deutliche menschenrechtliche Bedenken an Gesetzesvorhaben wurden nicht ernst genommen. Diese mangelnde Berücksichtigung hat dazu geführt, dass einige Gesetze bzw. Gesetzesbestimmungen vom Verfassungsgerichtshof letztlich aufgehoben worden sind. Dies hätte sich durch eine wirksame Einbindung der Zivilgesellschaft zu den Gesetzesvorhaben verhindern lassen.

2.2. Menschenrechtsbildung, Sensibilisierung, Dialog- und Toleranzförderung

Amnesty International begrüßt grundsätzlich die Neuerungen im Sinne einer Aufwertung der Politischen Bildung erfolgten Einführung des Pflichtmoduls mit dem Gegenstand Geschichte & Sozialkunde und Politische Bildung für die sechste Schulstufe. Dennoch stellt Amnesty International fest, dass es nur eine sehr schwache strukturelle Verankerung von Menschenrechtsbildung in den österreichischen Lehrplänen aller Schulformen und -typen gibt, inklusive Volksschule und Kindergärten – mit dem Resultat, dass die Ziele von Menschenrechtsbildung, wie sie in der UN-Deklaration³ definiert sind, nicht erreicht werden können. Dadurch ist das persönliche Engagement des einzelnen Lehrpersonals ausschlaggebend dafür, ob und wie Menschenrechtsbildung im Unterricht Platz greift oder nicht. Eine wiederum schwache Verankerung von Menschenrechtsbildung in den Ausbildungscurricula des angehenden Lehr- und Bildungspersonals führt dazu, dass Lehrkräfte und Pädagog*innen wenig Unterstützung in der Vermittlungsarbeit von Menschenrechten erfahren

2.3. Menschenrechte und staatliche Organe – staatliches Fehlverhalten und Rechtsdurchsetzung

Amnesty International begrüßt grundsätzlich das im Regierungsprogramm 2020-2024 enthaltene Vorhaben zur Sicherstellung einer konsequenten Aufklärung bei Misshandlungsvorwürfen gegen Polizeibeamt*innen und die Errichtung einer unabhängigen staatlichen Beschwerdestelle bei polizeilichem Fehlverhalten, womit eine langjährige Forderung von Amnesty International aufgegriffen wird.⁴ Amnesty International fordert, dass diese Reform kein Lippenbekenntnis sein darf, sondern im vollen Einklang mit internationalen Vorgaben und Standards und mit effektiver Einbindung der Zivilgesellschaft stattfinden muss.

3.1. Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung – Allgemeines

Hinsichtlich des Diskriminierungsschutzes merkt Amnesty International an, dass es Österreich, seit der zweiten universellen Menschenrechtsprüfung, verabsäumt hat, diesen auf Bundes- und

² Siehe dazu auch den offenen Brief von Amnesty International Österreich, Caritas, Diakonie, Österreichische Liga für Menschenrechte, 08.02.2016, https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/dbl8l/6_Brief%20der%20Konsultationsgruppe%20.pdf

³ Generalversammlung der Vereinten Nationen, Resolution 16/1 zu *United Nations Declaration on Human Rights Education and Training*, A/HRC/RES/16/1, 08.04.2011

⁴ Siehe dazu auch Amnesty International, *Stellungnahme zum Entwurf des österreichischen Staatenberichts für die zweite Universelle Periodische Staatenprüfung Österreichs (Universal Periodic Review, UPR) durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen*, 27.05.2015

Landesebene zu harmonisieren und zu stärken. Lücken im Diskriminierungsschutz bestehen insbesondere beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen aufgrund von Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung und Genderidentität. Amnesty International kritisiert scharf, dass die Harmonisierung des Schutzniveaus für alle Diskriminierungsgründe von den Ergebnissen auf EU-Ebene abhängig gemacht wird und erneuert mit Nachdruck ihre Forderung nach einem umfassenden Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen.

Amnesty International begrüßt die geplanten Maßnahmen des Bundesministeriums für Justiz gegen Hassrede und Hassverbrechen im Internet – insbesondere die Einbindung von Expert*innen aus der Zivilgesellschaft in diesem Prozess – weist jedoch darauf hin, dass neben gesetzlichen Maßnahmen, vor allem adäquate Ausstattung und Training der Staatsanwaltschaften und Polizei notwendig sind, damit Hassverbrechen und Hassrede auch als solche identifiziert werden.

Amnesty International begrüßt das EU-BMI Projekt „Erfassung diskriminierender Motivlagen“, als notwendigen ersten Schritt zur Umsetzung der angenommenen Empfehlungen und unterstreicht in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer aufgeschlüsselten Datensammlung hinsichtlich Hassverbrechen, die in die Erarbeitung von entsprechenden Policies einfließen sollte.

Nach Ansicht von Amnesty International bedarf es darüber hinaus geeigneter Maßnahmen in der Ausbildung von Polizeibeamt*innen, um ein sogenanntes „*ethnic profiling*“ durch Polizeibeamt*innen effektiv vorzubeugen.

3.2. Kinder

Amnesty International begrüßt, dass im Regierungsprogramm 2020-2024 Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern in Österreich besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Jedoch fehlen im Staatenberichtsentwurf jegliche Verweise auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, durch welches jene Bestimmung, die gestaffelte Höchstsätze pro in einem Haushalt lebenden Kind vorgesehen hatte, aufgehoben wurde.⁵ Darüber hinaus finden sich keine Hinweise auf kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft hinsichtlich der aufgrund der COVID-19-Pandemie verabschiedeten Unterstützungsmaßnahmen, wie beispielsweise den Familienhärtefonds, welcher Bezieher*innen von Sozialhilfe / Mindestsicherung und geringfügig Beschäftigte *a priori* als Antragsteller*innen ausschließt und somit die soziale Ausgrenzung von Kindern nur verstärkt.⁶ Amnesty International regt daher an, dies im finalen Staatenbericht zu berücksichtigen und erneuert ihre dringliche Forderung einer umfassenden verfassungsrechtlichen Verankerung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, damit die Verwirklichung aller Menschenrechte gewährleistet ist.

3.3. Frauen und Gleichstellung

Im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz 2019 merkt Amnesty International kritisch an, dass jegliche Hinweise auf die von der Zivilgesellschaft geäußerten Bedenken und Kritik fehlen, die insbesondere die reine Erhöhung des Strafausmaßes betreffen. Weiters fehlt jeglicher Hinweis auf die mit dem Gewaltschutzgesetz 2019 eingeführte Ausweitung der Anzeigepflicht,

⁵ Siehe dazu Verfassungsgerichtshof, G 164/2019-25, G 171/2019-24, 12.12.2019

⁶ Siehe dazu auch Amnesty International Österreich, *Soziale Rechte sind Menschenrechte: Eine Analyse der Folgen von COVID-19 auf das Recht auf Soziale Sicherheit und angemessene Arbeitsbedingungen in Österreich*, 01.07.2020, <https://www.amnesty.at/news-events/amnesty-analyse-soziale-menschenrechte-und-covid-19/>

einschließlich bei einem Verdacht einer Vergewaltigung. In diesem Zusammenhang äußert Amnesty International Bedenken, dass daraus mehr Hindernisse für Frauen entstehen könnten, um die notwendige medizinische Behandlung aufzusuchen. Darüber hinaus bestehen Bedenken, dass eine erweiterte Anzeigepflicht nicht automatisch einen besseren Schutz vor sexueller Gewalt zur Folge hat, insbesondere dann nicht, wenn die Ressourcen der Justiz nicht entsprechend aufgestockt und entsprechende Trainings nicht ausgebaut werden. Daher bekräftigt Amnesty International mit Nachdruck ihre Forderung nach einer verbesserten Sensibilisierung und Schulung des Gesundheits- und Pflegepersonals bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen, damit eine bestmögliche Unterstützung und Information gewährleistet ist.

3.4. LGBTIQ

Amnesty International vermisst jegliche Hinweise auf die bestehenden Kritikpunkte hinsichtlich der Umsetzung der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshof.⁷

3.9. „AsylwerberInnen, Flüchtlinge“

Im Zusammenhang mit Asylsuchenden und Geflüchteten teilt Amnesty International nicht die im Staatenberichtsentswurf dargelegten Ansichten.

Seit der zweiten UPR wurden fortlaufend Gesetze verabschiedet, die aus menschenrechtlicher Sicht bedenklich sind. Besondere Bedenken bestehen hinsichtlich der allgemeinen Qualität des Asylverfahrens⁸ und insbesondere auch hinsichtlich der Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU). Amnesty International sieht die durch die BBU zu erbringende Rechtsberatung äußerst kritisch, da Rechtsberater*innen – aufgrund der organisatorischen Anknüpfung im Bundesministerium für Inneres – Interessenskonflikten ausgesetzt sein könnten, wodurch das Recht auf ein faires Verfahren von Asylsuchenden negativ berührt werden könnte.

Amnesty International ist äußerst besorgt über anhaltende Abschiebungen von Menschen in ihre Herkunftsländer, wo ihnen eine Gefahr für ihre körperliche und seelische Unversehrtheit droht, wie insbesondere nach Afghanistan. Amnesty International verweist in diesem Zusammenhang erneut auf Österreichs völkerrechtliche Verpflichtungen und dem darin fest verankerten Grundsatz des *non-refoulement*.

Amnesty International vermisst jegliche Ausführungen zu Österreichs (Nicht-)Teilnahme an humanitären Aufnahmeprogrammen sowie betreffend die Situation von Menschen mit subsidiären Schutz. In diesem Zusammenhang merkt Amnesty International kritisch an, dass sich im vorliegenden Staatenberichtsentswurf auch keine Referenzen zur Familienzusammenführung finden und insbesondere nicht zur von der Zivilgesellschaft geäußerten Kritik an den eingeführten Wartefristen, einschließlich für unbegleitete Minderjährige.

⁷ Siehe dazu Rechtskomitee Lambda, *Drittes Geschlecht - Strafanzeige gegen Innenminister Nehammer wegen Amtsmissbrauchs*, 17.06.2020, <https://www.rklambda.at/index.php/de/399-drittes-geschlecht-strafanzeige-gegen-innenminister-nehammer-wegen-amtsmissbrauchs>; Rechtskomitee Lambda, *Drittes Geschlecht - Gericht bestätigt: Kickl-Erlass gesetzwidrig*, 06.03.2020, <https://www.rklambda.at/index.php/de/395-drittes-geschlecht-gericht-bestaetigt-kickl-erlass-gesetzwidrig>

⁸ Im Jahr 2019 wurden knapp 45 Prozent der rund 17.000 beanstandeten BFA-Entscheidungen in zweiter Instanz aufgehoben oder abgeändert. Siehe auch BMJ 673/AB vom 23.03.2020 zu 638/J (XXVII. GP), https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00673/imfname_788941.pdf; der Standard, *45 Prozent der beanstandeten Asylentscheide hielten in zweiter Instanz nicht*, 26.03.2020, <https://www.derstandard.at/story/2000116209191/asylbehoerde-entschied-in-45-prozent-von-rund-17-000-faellen>

Daher regt Amnesty International an, diese Aspekte jedenfalls im finalen Staatenbericht selbstkritisch zu berücksichtigen.

Es bestehen auch weiterhin große Bedenken gegen die von der Regierung geplante Einführung einer „Sicherungshaft“ für potentiell gefährliche Asylwerber*innen. Obwohl nach wie vor unklar ist, wie die Sicherungshaft rechtlich genau ausgestaltet sein soll, würde eine solche Regelung dem Recht auf persönliche Freiheit, welches auch im Bundesverfassungsgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit garantiert ist, widersprechen und das Recht auf ein faires Verfahren gefährden.

4.3. COVID-19 und Menschenrechte

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie in Österreich beobachtet, dokumentiert und analysiert Amnesty International die ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. Amnesty International Österreich hofft durch eine aufmerksame Beobachtung der staatlichen Maßnahmen, menschenrechtliche Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren und einen Beitrag zum Krisenmanagement zu leisten.

Für einen ausführlichen Überblick der menschenrechtlichen Spannungsfelder im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ist an dieser Stelle auf den im April 2020 veröffentlichten Zwischenbericht „Wie sich die Bekämpfung der Corona-Pandemie auf Menschenrechte in Österreich auswirkt“ verwiesen.⁹

In diesem nicht abschließenden Bericht äußert Amnesty International Österreich ihre Bedenken vor allem zur Frage der Verhältnismäßigkeit und der Wahl des gelindesten Mittels im Zusammenhang mit den ergriffenen Maßnahmen. Besonders kritisch müssen in diesem Zusammenhang die erlassenen Ein- und Ausgangsbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen sowie in Gefängnissen gesehen werden und das *de facto* Versammlungsverbot. Darüber hinaus stellte die Ankündigung der Kommissionen der Volksanwaltschaft ihre Monitoring-Besuche bis auf weiteres auszusetzen, eine Gefahr für die unabhängige Kontrolle der Justizanstalten dar, da diese *de facto* nicht mehr gegeben war.

Weiters kritisiert Amnesty International Österreich die fehlende Transparenz bei den getroffenen Maßnahmen, die eine Überprüfung der Verhältnismäßigkeit durch die Zivilgesellschaft erschweren und die missverständliche Kommunikation hinsichtlich der Verordnungen, wodurch eine Unsicherheit und Verunsicherung in der Bevölkerung hervorgerufen wurde.

In ihrer Analyse zu „Soziale Rechte sind Menschenrechte – die Auswirkung von COVID-19 auf das Recht auf Soziale Sicherheit und gerechte Arbeitsbedingungen in Österreich“¹⁰ zeigte Amnesty International Österreich ihre Bedenken hinsichtlich der Zugänglichkeit zu Unterstützungsleistungen, wie beispielsweise den Härtefall-Fonds oder den Familienhärtefonds, auf und dass besonders schutzwürdige Menschen *a priori* als Antragsteller*innen für diese Unterstützungsleistungen ausgeschlossen gewesen sind. Darüber hinaus merkt Amnesty International Österreich in diesem Zusammenhang an, dass gravierende Mängel in der effektiven Umsetzung der gesetzlichen Arbeitnehmer*innenschutzbestimmungen bestehen und

⁹ Amnesty International Österreich, *Zwischenbericht: Auswirkungen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auf Menschenrechte in Österreich*, 16.04.2020, https://www.amnesty.at/media/7006/amnestyinternational_covid-19_menschenrechte_zwischenbericht_200416.pdf

¹⁰ Amnesty International Österreich, *Soziale Rechte sind Menschenrechte. Eine Analyse der Folgen von COVID-19 auf das Recht auf Soziale Sicherheit und Angemessene Arbeitsbedingungen in Österreich*, 01.07.2020, <https://www.amnesty.at/news-events/amnesty-analyse-soziale-menschenrechte-und-covid-19/>

dadurch, insbesondere für a-typisch oder prekär beschäftigte Menschen, negative Folgen entstehen.

AUSTRIA

AMNESTY INTERNATIONAL SUBMISSION FOR THE UN UNIVERSAL PERIODIC REVIEW

37TH SESSION OF THE UPR WORKING GROUP, JANUARY-FEBRUARY 2021

FOLLOW-UP TO THE PREVIOUS REVIEW

During its last review in 2015, Austria supported 162 out of 229 recommendations and rejected 67.ⁱ The government has taken some positive steps since then, including the withdrawal of declarations to international treatiesⁱⁱ and the launch of a research project to strengthen support of the public security sector in recording racially motivated crimes.ⁱⁱⁱ Some progress is noted with regard to human rights education in schools,^{iv} although it is still not comprehensively implemented in primary and secondary education.^v

As a result of jurisprudence by the Austrian constitutional court, discrimination between same-sex couples and heterosexual couples in marriage law was abolished^{vi} and intersex persons have the right to register their gender according to a third gender option in the civil registry and other official documents.^{vii}

Amnesty International remains concerned that Austria has not adequately implemented the majority of recommendations supported during the previous review, especially concerning police accountability and the rights of refugees and asylum-seekers.

THE NATIONAL HUMAN RIGHTS FRAMEWORK

National Human Rights Framework

Despite accepting respective previous recommendations,^{viii} Austria failed to develop a national human rights action plan due to a lack of political commitment and an unwillingness to meaningfully engage with civil society.^{ix} Therefore, Amnesty International welcomes the newly elected government's commitment thereto.^x

The Austrian Ombudsman Board does not yet fully comply with the Paris Principles,^{xi} mainly due to the political appointment process of its three members.^{xii}

Non-Discrimination

Amnesty International regrets that Austria failed to strengthen and harmonise its anti-discrimination legislation at the federal and regional (*Länder*) level.^{xiii} Despite having enacted approximately 50 anti-discrimination laws, protection gaps continue to exist, in particular with respect to access to goods and services on the grounds of age, religion and belief, sexual orientation and gender identity.^{xiv} Austria further failed to ratify Protocol No. 12 to the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (ECHR). Amnesty International is concerned that this fragmentation in legislation could prevent persons affected by discrimination from securing an effective remedy.

Rights to Privacy and Freedom of Expression Online

Despite Austria's efforts to promote human rights online at the international level,^{xv} the plans to introduce backdoor access to encrypted communications for law enforcement^{xvi} and to roll out a pilot phase for law enforcement's use of facial recognition technology by the end of 2020^{xvii} raise severe

concerns. These initiatives could have a chilling effect on the rights to privacy, freedom of expression and peaceful assembly, and uncertainties remain regarding adequate safeguards for individuals and how and what data would be used.^{xxviii}

Amnesty International is further concerned about the rise in hate speech and advocacy of violence online. Notably, during the first couple of weeks of the COVID-19 pandemic, hate speech targeting asylum-seekers and refugees saw a significant increase.^{xxix} Amnesty International is concerned that despite the establishment of an expert group on hate speech by the Minister of Justice in 2020, Austria failed to adequately address advocacy of hatred and violence online, including by adopting positive measures to protect individuals and to counter stereotypes and discrimination.

Rights of Refugees and Asylum-Seekers

Since 2015, parliament has passed several laws that raise concerns with respect to the rights of refugees and asylum-seekers.^{xx}

Amnesty International is concerned about the quality of asylum procedures, in particular as a high number of cases, especially concerning asylum-seekers from Afghanistan, were overturned by the federal administrative courts on appeal.^{xxi} In this respect, concerns exist that the law establishing the Federal Agency for the Provision of Care and Support,^{xxii} which will be embedded in the organizational structure of the Ministry of Interior, will exacerbate this issue, as the Federal Agency will provide legal counselling and representation in asylum proceedings in first and second instance as of January 2021.^{xxiii} Thus, it will replace independent counselling provided by civil society organizations, with the result that the authority deciding in asylum claims in first instance and the agency providing legal counselling and representation will both be embedded in the Ministry of Interior. This could have repercussions on the fairness of asylum procedures and the right to seek and enjoy asylum, as legal counsellors might face situations of conflict of interest.^{xxiv}

Amnesty International is also concerned about the government's proposal to develop a legal basis for the administrative detention of asylum-seekers, i.e. detention for the preventive protection of public security ('*Sicherungshaft*').^{xxv} While the exact content of this proposal remains unclear, such a provision would likely undermine the rights to liberty and to a fair trial, the presumption of innocence and the principle of legality.^{xxvi}

Social Security

Amnesty International regrets that Austria failed to ratify the Optional Protocol to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (OP-ICESCR) and that the ICESCR is not yet given full effect in national legislation.^{xxvii}

Concerns exist regarding the Fundamental Law on Social Assistance^{xxviii} that foresees caps on social aid benefits for adults based on the equalisation supplement ('*Ausgleichszulage*'), instead of guaranteeing a minimum level of cash and in-kind benefits to ensure a life with dignity.^{xxix} This violates the obligation to progressively realise economic, social and cultural rights and the principle of non-retrogressive measures.^{xxx} Moreover, its Section 4 foresees that persons entitled to subsidiary protection status are only eligible for core elements of social aid benefits that do not exceed the level of social assistance granted to asylum-seekers (so-called '*Grundversorgung*'). This violates Austria's obligation to ensure non-discriminatory access to social security and European Union legislation.^{xxxi}

PROMOTION AND PROTECTION OF HUMAN RIGHTS ON THE GROUND

Justice System including Detention

Amnesty International welcomes the government's overall plans to reform the justice system and the announcement to increase its budget. However, a recent statement by the Chancellor, questioning the independence of the Public Prosecutor's Office for Economic Crimes and Corruption, was criticised by judges and prosecutors' associations alike as an attack on the independence of the justice system.^{xxxii}

Serious concerns exist regarding the state of the justice system and the prison conditions, including overpopulation that has led to rising violence.^{xxxiii} In the context of the COVID-19 pandemic, detainees'

contacts with the outside world were restricted and new inmates were isolated for 14 days, which exacerbated anxiety and frustration among detainees. Moreover, monitoring visits by the national prevention mechanism were suspended. While experts recommended considering alternatives to detention,^{xxxiv} the Minister of Justice announced that the start of new prison terms would be delayed.^{xxxv}

Amnesty International is particularly concerned about the system of preventive measures of detention for offenders with mental illness. Despite recommendations by a working group and a reform proposal, Austria failed to achieve any progress since its last review. The possibility of ordering preventive measures of detention for an indefinite period of time, including for juveniles, raises concerns with regard to the right to liberty and security,^{xxxvi} especially as this could result in life-long detention.^{xxxvii} Though preventive measures of detention are judicially reviewed on an annual basis, the quality of psychiatric assessments, which are key thereto, is often poor.^{xxxviii} Concerns further remain that offenders with mental illness often do not have adequate access to medical treatment, when accommodated in special wards in regular prisons.

Moreover, Amnesty International is concerned about reports of ineffective procedural safeguards in police detention and during interrogation, notably the lack of legal assistance.^{xxxix} Several concerns also remain regarding the deprivation of liberty of older persons in care homes, including the serious shortages of qualified staff and a worrisome use of medication as a result thereof. This might hinder a human-rights based approach in the provision of care of older persons.^{xl}

Police Accountability

Amnesty International is concerned about the persistent failure to independently and effectively investigate allegations of excessive use of force and ill-treatment by the police.^{xli} To date, Austria has failed to establish an independent investigations and complaints mechanism.^{xlii} Hence, victims continue to face barriers in reporting cases of ill-treatment and other forms of abuse, including when such violations are racially motivated, and consequently they are not able to obtain an effective remedy and reparation.

Obstacles also remain in identifying perpetrators in cases of ill-treatment and excessive use of force, since law enforcement officials are still not required to wear identification badges. Amnesty International is further concerned that cases of ill-treatment and excessive use of force by the police in May 2019 have not been effectively evaluated to take adequate preventive measures.^{xliii}

Further concerns remain with regard to the number of reported cases of ethnic profiling and racial discrimination by police officials.^{xliv}

Refugees and Asylum-Seekers

The government rigorously implemented its policy to accelerate returns of rejected asylum seekers, including by extending the list of safe countries of origin.^{xlv} By prioritising the deportation, in particular of Afghan nationals, Austria violates the principle of *non-refoulement*.^{xlvi} Rejected asylum seekers who cannot be returned to their countries of origin are accommodated in return centres. In 2019, the remote locations and poor housing conditions of these centres prompted an inquiry by the Ministry of Interior in cooperation with UNHCR.^{xlvii} However, the majority of recommendations are still awaiting implementation.^{xlviii}

Concurrently, Austria adopted a more restrictive policy vis-à-vis persons with subsidiary protection status by increasing the waiting period for family reunification, including for unaccompanied minors, from one to three years. Amnesty International is concerned that this policy infringes international human rights law.^{xlix}

Moreover, Amnesty International regrets to note that Austria's humanitarian admission programme, accepting 1,900 Syrian refugees, ended in 2017 without any further political commitment.^l In this respect, it is disappointing that during the COVID-19 pandemic, Austria refused to relocate asylum-seekers from the Greek Islands in spring 2020 and reportedly impeded the submission of asylum claims at the Austrian border.^{li}

Women's and Girls' Rights

Amnesty International is concerned about the high number of femicides^{lii} and the government's continuous failure to provide sufficient financial and human resources to ensure wide access to women's support services and to improve the work with perpetrators, such as anti-violence trainings.^{liii} Concerns further exist regarding the Protection against Violence Act^{liv} that imposes on medical professionals the obligation to report suspected cases of rape to law enforcement agencies. This coupled with the already scarce resources of the judiciary might have repercussions for the protection of women and girls against violence.^{lv}

Amnesty International is concerned about remaining barriers in accessing affordable and safe abortion medical services for pregnant persons throughout Austria, and continues to monitor closely developments with regard to two respective citizens' initiatives.^{lvi}

Concerns further exist regarding the Anti-Face-Veiling Act, which bans full-face coverings in public^{lvii} and an amendment to the School Education Law^{lviii} that prohibits children under 10 years of age from wearing religiously or ideologically influenced clothing that fully covers their head in schools.^{lix} This ban violates the rights to freedom of expression and to freedom of religion or belief of Muslim women and girls, and the principle of non-discrimination,^{lx} and may well result in even greater isolation and barriers to accessing services essential to enjoying social and economic rights. Amnesty International recalls that all women and girls should be able to wear clothing that expresses their identity or beliefs, free from coercion by the state or private actors.

RECOMMENDATIONS FOR ACTION BY THE STATE UNDER REVIEW

Amnesty International calls on the government of Austria to:

International and Regional Treaties and other Instruments

- Ratify the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families; the Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on a communications procedure; the OP-ICESCR; Protocol No. 12 to the ECHR; and the Additional Protocol on Xenophobia and Racism to the Convention on Cybercrime;
- Endorse and implement the United Nations Compact for Safe, Orderly and Regular Migration.

Human Rights Education

- Make human rights education compulsory in primary and secondary education and provide adequate training courses on human rights education for teachers;
- Raise awareness and support the integration of human rights into key areas of school life as part of a whole-school approach to human rights education.

National Human Rights Framework

- Develop a national human rights action plan in line with OHCHR guidelines^{lxi} that sets concrete and measurable objectives and ensures meaningful participation of civil society;
- Ensure that the Austrian Ombudsman Board fully complies with the Paris Principles and has sufficient human and financial resources to perform its role independently.

Non-Discrimination

- Ensure equal protection from all forms of discrimination, including by harmonising national legislation and extending its scope to include protected grounds, such as age, religion and belief, sexual orientation, and gender identity, in particular in the context of access to goods and services;
- Ensure that the prosecution and the police have adequate resources, tools and skills to effectively identify and investigate hate crimes and advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence, and are provided with adequate training;

- Collect disaggregated data on hate crimes at all levels, including reporting, investigation, prosecution and sentencing, while ensuring data protection and regular reviews to assist in the development of policies to combat hate crimes.

Rights to Privacy and Freedom of Expression Online

- Refrain from enacting any legislation that would allow for backdoor access to encrypted communications;
- Implement adequate legislation in line with international human rights law to address advocacy of national, racial or religious hatred that constitutes incitement to discrimination, hostility or violence as well as violence and abuse online;
- Strengthen support for those that have experienced violence and abuse, including online, and invest in capacity building and training of law enforcement bodies and respective public awareness raising campaigns.

Rights of Refugees and Asylum-Seekers

- Repeal Sections 2(1)2 and 24(1) of the Federal Act on the Establishment of a Federal Agency for the Provision of Care and Support in order to ensure adequate and independent legal assistance;
- Revise Section 35(2) of the Asylum Act in line with international human rights law and grant the right to family reunification without undue restrictions, in particular to unaccompanied minors;
- Refrain from forcibly returning anyone to countries where there is a risk of *non-refoulement* or where they would be at risk of torture or other ill-treatment as defined under international human rights law;
- Reinstate humanitarian admission programmes in cooperation with UNHCR.

Social Security

- Give full effect to the ICESCR in national legislation;
- Repeal Section 4 and revise Section 5 of the Fundamental Law in light of the principle of progressive realisation and non-discrimination.

Justice System including Detention

- End prison overcrowding by ensuring prisons are provided with adequate financial resources to fulfil their aim of rehabilitation and social reintegration, and consider alternatives to detention;
- Reform the preventive measures of detention in accordance with international standards and take into account the recommendations by the working group in 2015 and the draft law on Detention of Mentally-Ill Defenders of 2017;
- Improve the quality of psychiatric assessments in the context of preventive measures of detention by developing common criteria and standards for such assessments;
- Refrain from accommodating offenders with mental illness in correctional institutions; specific therapeutic centres meet the psychiatric needs more adequately; and avoid preventive measures of life-long detention;
- Refrain from adopting laws that establish administrative detention for the protection of public security, and ensure that detainees are charged with a recognizable criminal offence and tried in accordance with international standards, or released;
- Ensure that persons under criminal investigation are promptly and effectively informed about procedural safeguards, notably the right to legal assistance.

Police Accountability

- Establish an independent and effective investigations and complaints mechanism to address allegations of torture and other ill-treatment and other forms of abuse by the police, and ensure it has a broad and strong mandate;
- Ensure that all allegations of human rights violations by police officers are effectively investigated and appropriately prosecuted and that victims have full access to remedy and reparation;
- Require all police officers to wear individual identification badges;
- Amend Section 35 (1) subparagraph 2 lit (a) of the Security Policy Act to ensure that police officers do not carry out identity checks in a discriminatory manner and provide adequate training to prevent ethnic profiling.

Women's and girls' rights

- Ensure survivors of sexual violence and abuse have unrestricted access to women's shelters and provide adequate financial and human resources to women's support services, including for effective victim protection;
- Repeal the reporting obligation for medical professionals in the Protection against Violence Act and ensure medical and health professionals are adequately trained to provide necessary support and information about reporting;
- Ensure full and non-discriminatory access to affordable and safe abortion medical services, including post-abortion care, for all persons concerned and remove any remaining barriers in accessing abortion services, including by fully decriminalising abortion in the Criminal Code;
- Repeal the Federal Law on the Prohibition of Face Covering in Public and consider repealing Section 43a of the School Education Act.

ⁱ Human Rights Council, *Report of the Human Rights Council on its thirty-first session*, A/HRC/31/12, para 741 ff. Notably, Austria did not submit a mid-term report to the Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR).

ⁱⁱ A/HRC/31/12 Add. 1, para 2, Recommendations 141.16 (Spain), 141.17 (Netherlands); Austria notified the Secretary-General on 26 November 2018 of its decision to withdraw the declaration made upon ratification in respect of article 5 of the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, available at <https://indicators.ohchr.org/>

ⁱⁱⁱ See Ministry of Interior, Project "*Expanded, systematic hate crime data collection and reporting of the Austrian Police*", available at <https://www.bmi.gv.at/408/Projekt/start.aspx>. However, to date the police in Austria only collects crimes that are ideologically, religiously motivated and extremist in nature. This applies in particular in the context of right-wing extremism.

See A/HRC/31/12, Recommendations 139.55 (Norway), 139.102 (Iceland), 139.79 (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland); see also A/HRC/31/12 A/HRC/31/12, Recommendations 139.45 (Senegal), 139.43 (China), 139.70 (Pakistan), 139.74 (Morocco), 139.41 (Plurinational State of Bolivia), 139.56 (Azerbaijan), 139.76 (Bahrain), 139.71 (Namibia), 139.50 (Costa Rica)

^{iv} A/HRC/31/12, Recommendations 139.113 (Georgia), 141.29 (Morocco), 139.22 (Viet Nam)

^v Human rights education is incorporated in the school subject "political education" and much depending on the teacher's individual commitment. Moreover, the school subject "political education" is still not mandatory in primary education. It was strengthened, however, in sixth grade by incorporating it into the school subject 'history and social studies'.

^{vi} Austrian Constitutional Court, G 258-259/2017-9, 04.12.2017

Cf. A/HRC/31/12, Add. 1, Recommendations 141.53 (Denmark), 141.54 (Iceland), 141.55 (Ireland), 141.56 (Netherlands), 141.57 (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland)

vii Austrian Constitutional Court, G 77/2018, 29 June 2018

viii A/HRC/31/12, Recommendations 139.12 (Timor Leste), 139.13 (Georgia), 139.14 (Sudan), 139.15 (Democratic Republic of the Congo), 139.16 (India), 139.17 (Republic of Moldova)

ix The development of a national human rights action plan ended in 2016. The Government's programme of work 2017 – 2022 did not include a reference to it. While some civil society organizations did participate in the process from the beginning, Amnesty International jointly with two other organizations decided to withdraw from the process in 2016, when it became apparent that civil society's recommendations were not meaningfully addressed. A motion for resolution by members of parliament to invigorate the process and recommence developing such an action plan was not followed through.

x Austrian Government's programme of work 2020 – 2024 entitled '*Aus Verantwortung für Österreich*', p 212, <https://www.bmoeds.gv.at/dam/jcr:dde225f7-4a3b-4ca4-8c24-5e8683221d50/Regierungs%C3%BCbereinkommen.pdf>

xi United Nations General Assembly, resolution 48/134, UN Doc. A/RES/48/134, 20 December 1993, *Principles relating to the Status of National Institutions (The Paris Principles)*; UN Doc. A/HRC/31/12, Recommendations 139.7 (Croatia), 139.8 (Egypt), 139.9 (Indonesia), Add. 1, para 2, 141.27 (India), 139.10 (Germany), 139.11 (Hungary); UN Committee on the Elimination of Discrimination against Women, Concluding Observations: Austria, CEDAW/C/AUT/CO/9, 30 July 2019, para 17

xii The three members of the Austrian Ombudsman Board (AOB) are elected for a six-year term, with the possibility of re-election. While the candidates must be eligible to the National Council, have knowledge in the field of the organization and functioning of administration and in the area of human rights compliance, there is neither a public hearing of the candidates nor a possibility of participation by civil society. On the contrary, the three members of the AOB are appointed by the three parties with the highest number of seats in the National Council and subsequently, elected by the National Council. Consequently, politicians with respective party membership are selected for office. Moreover, the current appointment of three men disregards the importance of gender equality.

xiii Austria's highly fragmented anti-discrimination legislation has been criticized by international committees, including the European Commission against Racism and Intolerance, Conclusions on the Implementation of the Recommendations in respect to Austria, CRI (2018)21, adopted on 21 March 2018.

xiv UN Committee on the Elimination of Discrimination against Women, Concluding Observations: Austria, UN Doc. CEDAW/C/AUT/CO/9, 30 July 2019, para 10 – 11; UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights, List of Issues prior to submission of the fifth periodic reports of Austria, UN Doc. E/C.12/AUT/QPR/5, para 14; UN Doc. A/HRC/31/12 and A/HRC/31/12 Add. 1, Recommendations 141.30 (Switzerland), 141.33 (Rwanda), 131.35 (Trinidad and Tobago), 141.20 (Czech Republic), 141.21 (Namibia), 141.22 (Ecuador), 141.23 (Finland), 141.45 (Bahrain), 141.24 (India), 141.18 (Belgium), 141.19 (Uruguay), 141.34 (Canada), 141.32 (Bulgaria), 141.36 (Germany),

xv For instance, Austria has been part of the core group of states in the adoption of the UN Human Rights Council resolution on the right to privacy in the digital age, UN Doc. A/HRC/34/L.7/R.1 and A/HRC/RES/42/15

xvi Austrian Government's programme of work 2020 – 2024 entitled '*Aus Verantwortung für Österreich*', p 216, <https://www.bmoeds.gv.at/dam/jcr:dde225f7-4a3b-4ca4-8c24-5e8683221d50/Regierungs%C3%BCbereinkommen.pdf>; Amnesty International Austria, Submission to the Security Package, 27 March 2018, <https://www.amnesty.at/presse/sicherheitspaket-bittere-pille-mit-massiven-nebenwirkungen/> (in German only); [Constitutional Court of Austria, G 72-74/2019, G 181-182/2019, 11 December 2019 declaring the provision allowing for surveillance of encrypted communications that was established by Security Package to be unconstitutional.](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_01193/imfname_795341.pdf)

xvii Minister of Interior, 1193/AB regarding 1183/J (XXVII. GP), 4 May 2020, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_01193/imfname_795341.pdf; Barbara Wimmer, FutureZone, *Polizei verschiebt Start der Gesichtserkennung*, 3 December 2019, <https://epicenter.works/content/gesichtserkennung-in-oesterreich-woher-stammen-die-daten>

xviii Epicentre.works, *Gesichtserkennung in Österreich: Woher stammen die Daten?*, 17 July 2019, <https://epicenter.works/content/gesichtserkennung-in-oesterreich-woher-stammen-die-daten>; der Standard, *Gesichtserkennungs-Software für Polizei kostet 450.000 Euro*, 25 June 2019, <https://www.derstandard.at/story/2000105431728/gesichtserkennungssoftware-fuer-polizei-kostet-450-000-euro>

xix Zivilcourage & Anti-Rassismus-Arbeit (ZARA), *Rassismus Report 2019*, <https://www.zara.or.at/de/wissen/aktuelles/n/pressemeldungen/kPbdJXoUO/Pressestatement: Rassismus Report 2019>

^{xx} A/HRC/31/12, Recommendations 139.122 (Sweden), 139.123 (Plurinational State of Bolivia), 139.125 (Albania), 139.126 (Holy See), 139.124 (United States of America), 139.128 (Brazil), 139.20 (Russian Federation), 141.68 (Pakistan)

Notably, in 2018, there were 13,746 asylum applications in total. In comparison, in 2015 the total number of was 88,340. In 2018, the number of deportations was 4,661, whereas in 2015, there were 3,278 deportations. Office of the High Commissioner for Human Rights, Report of mission to Austria 15 – 18 October 2018,

<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/AT/AustriaReport.pdf>

^{xxi} In the first three quarters of 2019, 5.650 decisions concerning asylum-seekers were overruled in second instance. In 2017, 42 per cent of negative decisions concerning asylum-seekers from Afghanistan were reversed in second instance. See also Minister of Interior, 186/AB regarding 155/J (XXVII.GP), 3 January 2020, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00186/imfname_777092.pdf

^{xxii} Federal Act on the Establishment of a Federal Agency for the Provision of Care and Support (BGBl. I No 53/2019)

^{xxiii} Please note that January 2021 is a preliminary date only, as the exact date depends on the date of termination of the contract by the Minister of Justice.

^{xxiv} Section 13 (1) of the Federal Act on the Establishment of a Federal Agency for the Provision of Care and Support (BGBl. I No 53/2019); Amnesty International, *Position Paper on the establishment of a federal agency for the provision of care and support*, 2019 (in German only),

https://www.amnesty.at/media/5423/amnesty_stellungnahme_bundesbetreuungsagentur.pdf; Wirkungsorientierte

Folgenabschätzung, BBU-Gesetz, 594 der Beilagen XXVI. GP – Regierungsvorlage – Vorblatt und WFA, p 5, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00594/fname_748858.pdf; Parliamentary Inquiry 1096/J, 20 June 2018 (XXVI.GP), Parliamentary Inquiry 3346/J-BR/2018, 6 February 2018 and subsequent Response by the Federal Ministry of Constitutional Affairs, Reforms, Deregulation and Justice, 3186/AB-BR/2018, 6 April 2018; see OHCHR, Mission report on Austria, 2018, paras 7, 33,

<https://www.ohchr.org/Documents/Countries/AT/AustriaReport.pdf>

^{xxv} Austrian Government's programme of work 2020 – 2024 entitled '*Aus Verantwortung für Österreich*', p 199,

<https://www.bmoeds.gv.at/dam/jcr:dde225f7-4a3b-4ca4-8c24-5e8683221d50/Regierungs%C3%BCbereinkommen.pdf>

^{xxvi} Depending on the exact content, the provision could require a constitutional amendment, which would constitute a restriction of fundamental rights as guaranteed under the Austrian constitution for the first time since 1945.

^{xxvii} See UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights, *Concluding Observations on the fourth periodic report of Austria*, 13 December 2013, UN Doc. E/C.12/AUT/CO/4, para 5

^{xxviii} Fundamental Law on Social Assistance, BGBl. I No 41/2019

^{xxix} Section 5 of the Fundamental Law on Social Assistance, BGBl. I No 41/2019

^{xxx} See Amnesty International, *Position Paper on the Fundamental Law on Social Assistance*, 2019,

https://www.amnesty.at/media/4791/amnesty_stellungnahme-sozialhilfegesetz_jaenner-2019.pdf (in German only);

UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights, *Concluding observations on the fourth periodic report of Austria*, UN Doc. E/C.12/AUT/CO/4, 13 December 2013, para 17; Constitutional Court of Austria, G 164/2019-25, G 171/2019-24, 12 December 2019

^{xxxi} Section 4 of the Fundamental Law on Social Assistance; Article 29 of the Directive 2011/95/EU of the European Parliament and of the Council of 13 December 2011 on standards for the qualification of third-country nationals or stateless persons as beneficiaries of international protection, for a uniform status for refugees or for persons eligible for subsidiary protection, and for the content of the protection granted, read in conjunction with preambular paragraph 45

^{xxxii} Chancellor Sebastian Kurz has called into question the independence and impartiality of the Public Prosecutor's Office against Economic Crimes and Corruption (so-called '*Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft*').

^{xxxiii} Federal Ministry for Constitutional Affairs, Reforms, Deregulation and Justice, *Wahrnehmungsbericht des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz Dr. Clemens Jabloner, Befund, Maßnahmen für eine moderne und qualitätsvolle Justiz*, 11 November 2019,

https://www.justiz.gv.at/file/2c94848b6d50e800016e6a285abf00ed.de.0/wahrnehmungsbericht_hbm%20jabloner.pdf

^{xxxiv} Ludwig Boltzmann Institute of Human Rights, *Stellungnahme hinsichtlich der Situation von Insass*innen der Justizanstalten Österreichs während der Covid-19-Pandemie*, 2020,

https://bim.lbg.ac.at/sites/files/bim/attachments/stellungnahme_covid-19_haftsituation_philipp_hamedl_2.4.2020.pdf

^{xxxv} Federal Law regarding Accompanying Measures during COVID-19 for the Justice System (*Bundesgesetz betreffend Begleitmaßnahmen zu COVID-19 in der Justiz*), BGBl. I Nr. 16/2020,

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20011087>

^{xxxvi} Persons who have a mental illness when they commit a criminal offence can be deprived of their liberty as a preventive measure. Depending on the person's (diminished) responsibility for their action at the time of the crime, the court may order preventive measures in addition or instead of the punishment.

^{xxxvii} Annual Report on the activities of the Austrian National Preventive Mechanism (NPM), p 101, 2018, [https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/2ga09/Austrian_NPM - Annual Report 2018 %28EN%29 - Barrierefrei.pdf](https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/2ga09/Austrian_NPM_-_Annual_Report_2018_%28EN%29_-_Barrierefrei.pdf)

^{xxxviii} Working Group on preventive measures of detention, *Bericht an den Bundesminister für Justiz über die erzielten Ergebnisse*, presented to the Minister of Justice in 2015, p 62, https://www.justiz.gv.at/file/2c94848a4b074c31014b3ad6caea0a71.de.0/bericht%20ag%20ma%C3%9Fnahmen_vollzug.pdf

^{xxxix} Ludwig Boltzmann Institute of Human Rights, *Die ersten 48 Stunden, Beschuldigtenrechte im polizeilichen Ermittlungsverfahren*, 2018, [https://bim.lbg.ac.at/sites/files/bim/attachments/bim die ersten 48 stunden 0.pdf](https://bim.lbg.ac.at/sites/files/bim/attachments/bim_die_ersten_48_stunden_0.pdf)

^{xl} Austrian Ombudsman Board, *Report regarding the Control of the Public Administration*, 2018 (in German only), p 22, <https://volksanwaltschaft.gv.at/downloads/72sag/PB-42-Nachpr%C3%BCfend.pdf>

^{xli} According to a study by the Austrian Center for Law Enforcement Sciences (ALES) in 2018, around 1,500 complaints were filed against police officials due to alleged ill-treatment. In only seven cases, a criminal proceeding was opened. However, none of these seven cases led to a conviction of the perpetrator. Austrian Center for Law Enforcement Sciences, *Studie über den Umgang mit Misshandlungsvorwürfen gegen Exekutivbeamte*, 9 February 2018, <https://www.justiz.gv.at/home/strafvollzug/publikationen/ales-studie-ueber-den-umgang-mit-misshandlungsvoruerfen-gegen-exekutivbeamte~11c.de.html?highlight=true>

^{xlii} Amnesty International, *Submission for the UN Universal Periodic Review of Austria, 23rd Session of the UPR Working Group, November 2015*. Index: EUR 13/2189/2015, March 2015, <https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR1321892015ENGLISH.pdf>

^{xliii} Amnesty International, *'Streik mit Greta – No Future on a Dead Planet'*, 31 May 2019, https://www.amnesty.at/media/6553/amnesty_kurzbericht-polizeigewalt-bei-klimademo-dezember-2019.pdf (in German only).

The Administrative Court in Vienna already found in one case that actions by law enforcement officials reached the degree of degrading treatment and, therefore, amounted to a violation of Article 3 of the European Convention on Human Rights and affected the human dignity of the person concerned. Der Standard, *Polizeigewalt bei Klimademo: Weitere Amtshandlung teils rechtswidrig*, 14 January 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000113298710/polizeigewalt-bei-klima-demo-weitere-amtshandlung-teils-rechtswidrig>.

According to the Minister of Justice, eight police officers are under investigation. However, the proceedings by the Public Prosecutors Office are not concluded, yet, see Minister of Justice, 603/AB regarding 567/J (XXVII. GP), 17 March 2020, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00603/imfname_788037.pdf. According to the Minister of Interior, five activists filed a measures complaint ('Maßnahmenbeschwerde') against police officers before the Administrative Court in Vienna. While an evaluation is envisaged, it has been postponed until the administrative proceedings are closed, see Minister of Interior, 605/AB regarding 566/J (XXVII. P), 17 March 2020, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00605/imfname_788054.pdf.

^{xliv} ZARA, Civil Courage & Anti-Racism-Work, *Racism Report*, 2018, p 12f, https://assets.zara.or.at/download/pdf/ZARA-Rassismus_Report_2018_EN.pdf; ZARA, Civil Courage & Anti-Racism-Work, *Racism Report*, 2019, https://assets.zara.or.at/download/pdf/ZARA-Rassismus_Report_2019.pdf; ALES, *Studie über den Umgang mit Misshandlungsvorwürfen gegen Exekutivbeamte*, 2018, <https://www.justiz.gv.at/home/home/strafvollzug/publikationen/ales-studie-ueber-den-umgang-mit-misshandlungsvoruerfen-gegen-exekutivbeamte~11c.de.html>

^{xlv} The Directive on safe countries of origin, 2019, considers Armenia, Benin, Senegal and Ukraine as safe countries of origin, <https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20006306&FassungVom=2019-11-08&Artikel=&Paragraf=1&Anlage=&Uebergangsrecht=>. In 2018, there were 13,746 asylum applications in total. In comparison, in 2015, the total number was 88,340. In 2018, the number of deportations was 4,661, whereas in 2015, there were 3,278. OHCHR, Report of mission to Austria 15 – 18 October 2018, <https://www.ohchr.org/Documents/Countries/AT/AustriaReport.pdf>

^{xlvi} According to the Ministry of Interior, more than 200 individuals were deported to Afghanistan in the first nine months of 2019. In comparison, 168 persons were deported to Afghanistan in 2018. In 2016, there were two deportations to Afghanistan.

^{xlvii} Because of the poor housing conditions and remote location of the facility, in June 2019, asylum seekers accommodated in the return centre in Fieberbrunn, Tyrol, went on a 46-day hunger strike to protest.

^{xlviii} The report of the inquiry for instance recommended that families with children at school age are no longer to be accommodated in the return centre of Fieberbrunn, Tyrol. This recommendation enjoyed immediate effect. Other recommendations, such as social workers at the facility are still under consideration. Federal Ministry of Interior, *Menschenrechtliche Prüfung der Rückkehrberatungseinrichtung (RÜBE): Empfehlungen*, 2019, https://www.bmi.gv.at/bmi_documents/2380.pdf

^{xlix} Article 10 of the UN Convention on the Rights of the Child and Article 8 of the European Convention of Human Rights; Council of Europe, Issue Paper “*Realising the right to family reunification of refugees in Europe*”, 2017, <https://rm.coe.int/prems-052917-gbr-1700-realising-refugees-160x240-web/1680724ba0>; see UN Committee on the Elimination of Discrimination against Women, Concluding Observations: Austria, UN Doc. CEDAW/C/AUT/CO/9, 30 July 2019, para 42; UNHCR. *UNHCR-Empfehlungen zu den Themen Flucht und Asyl in Österreich*, 2019, p 7f, https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2019/08/AT_UNHCR_Empfehlungen_Regierung_2019.pdf

ⁱ Austrian Broadcast Organisation (ORF), *Resettlement: Österreich beteiligt sich nicht mehr*, 22 January 2020, <https://orf.at/stories/3151890/>

ⁱⁱ derStandard: *Absage an das Asylrecht durch Ministeriumserlass*, 22 April 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000117016994/absage-an-das-asylrecht-durch-ministeriumserlass>

ⁱⁱⁱ There were 41 femicides in 2018. In comparison, in 2014 19 femicides were reported. Autonomous Austrian Women’s Shelters (‘Autonome Österreichische Frauenhäuser’), *Gewalt an Frauen und Mädchen in Österreich*, December 2019, https://www.aof.at/images/04a_zahlen-und-daten/Factsheet_Gewalt-an-Frauen-und-Maedchen-in-Oesterreich_12-2019.pdf

ⁱⁱⁱⁱ A/HRC/31/12, Recommendations 139.85 (Angola), 139.86 (Russian Federation), 139.91 (Djibouti), 139.87 (Cuba), 139.86 (Chile)

^{liv} Protection against Violence Act, BGBl. I No 105/2019, in conjunction with for instance Section 54(4) Law on Doctors (‘*Ärztegesetz*’); Section 7 Law on Health- and Medical Care (‘*Gesundheits- und Krankenpflegegesetz*’); Section 6a Law on Midwives (‘*Hebammengesetz*’); Section 13 (7) – (9) Law on Medical Assistance (‘*Medizinisches Assistenzberufegesetz*’); Section 5a Law on Paramedics (‘*Sanitätärgesetz*’) amended

^{lv} Amnesty International is concerned that this reporting obligation might constitute an impediment for women to seeking medical treatment. In addition, a higher number of criminal complaints might not automatically ensure better protection against violence, if the judiciary does not have the necessary resources to deal with the complaints.

^{lvi} Petitions No 6/BI 27. GP and 7/BI 27.GP (XXVII. GP), respectively. The initiatives – already introduced during the last legislative period – call for a mandatory reflection period for pregnant persons before their decision to have an abortion, an obligation by medical professionals to inform pregnant persons about support and counselling services, and the abolition of the sub-paragraph decriminalising abortion after 3 months’ pregnancy in case of serious risks for the foetus’ mental or physical health

^{lvii} Federal Law on the Prohibition of Face Covering in Public, BGBl. I No 68/2017

^{lviii} Section 43a Federal Law on the School Education, BGBl. No. 472/1986, amended according to BGBl. No. 54/2019, Prohibition to wear religious or ideological symbols in schools

^{lix} Notably, the government’s programme of work 2020 – 2024 entitled ‘*Aus Verantwortung für Österreich*’, p 207, envisages an extension of this prohibition to girls under the age of 14 years.

<https://www.bmoeds.gv.at/dam/jcr:dde225f7-4a3b-4ca4-8c24-5e8683221d50/Regierungs%C3%BCbereinkommen.pdf>

^{lx} The amendment to the School Education Act does not mention any other religions, see Addendum to Protocol, AB 612 BGBl. No. XXVI. GP, p 3, available at https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00612/fname_751626.pdf; Addendum to Protocol, AB 612 BGBl. No. XXVI. GP, p 3, available at https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/I/I_00612/fname_751626.pdf

^{lxi} Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, *Handbook on National Human Rights Plans of Action*, 29 August 2002, <https://www.ohchr.org/Documents/Publications/training10en.pdf>